

Stromkonzessionen:

Hochpolitischer, kommunaler Schlüssel zum Klimaschutz

Stromkonzessionen beinhalten das Recht, kommunale Stromnetze zu betreiben und die Stromversorgung zu gewährleisten. Klar, dass hiermit angesichts steigenden Strombedarfs viel Geld verdient werden kann. Genauso kann damit aber auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Denn die Kommunen bestimmen selbst, wem sie das Recht zur Betreibung ihres Stromnetzes geben. Ende Juli diesen Jahres und Ende 2012 laufen viele Verträge aus, die die Kommunen meist mit der EnBW geschlossen haben. Grund genug für Umwelt Direkt einmal nachzufragen, an wen sie ihre Rechte an den Stromnetzen vergeben wollen. Allerdings waren von 12 angefragten Kommunen zwischen Mannheim, Weinheim und Walldorf, nur drei zur Aussage bereit. Das zeugt nicht unbedingt von Transparenz und ist ärgerlich, ist es doch für die Bürger durchaus von Interesse, welchen Beitrag ihre Gemeinden zum Klimaschutz liefern.

Konzessionsvergabe – Der Kampf um Einfluss und Geld

Die Konzessionsvergabe von Stromnetzen, auch Stromkonzession genannt, beinhaltet in der Regel das Recht über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zum Bau und Betrieb von Leitungen für die Stromversorgung, z.B. die Betreibung der örtlichen Stromnetze und die Sicherstellung der Stromversorgung vor Ort. Als Ausgleich bezahlt der Netzbetreiber eine jährliche Konzessionsabgabe an die Kommune. Manchmal ist die Stromkonzession auch mit Vereinbarungen zur Straßenbeleuchtung verbunden, was rechtlich eigentlich gar nicht zulässig ist, aber von den Aufsichtsbehörden entweder nicht verfolgt wird oder nicht exakt nachweisbar ist.

An wen diese Stromkonzessionen vergeben werden, ist auch eine politische Entscheidung. Kommunen können sich überregionalen Anbietern unterwerfen oder die regionale Karte ziehen und eigene oder regionale Stadtwerke stärken und damit auch meist mehr Einfluss auf deren Energiegewinnung ausüben. Die großen Stromkonzerne reißen sich natürlich um die Stromkon-

zessionen, in der Metropolregion vor allem die EnBW. Ein Stromnetz zu betreiben, gilt als gewinnträchtig und bietet 20 Jahre feste Einnahmen.

Zwar können die Kunden auch andere Stromlieferanten als den Netzbetreiber auswählen. Jeder dieser Mitbewerber muss jedoch Durchleitungsentgelte an den Netzbetreiber bezahlen. Diese Gebühren bestimmen die Höhe des

Strompreises mit. Marktbeobachter rechnen damit, dass der Strompreis eher sinken wird, wenn die Kommunen ihre Netze zurückkaufen.

EnBW - größtenteils Atomstrom

Die EnBW, die nach eigenen Angaben 90% der Stromkonzessionen der Ba-

Was ist eine Stromkonzession?

Städte und Gemeinden können das Recht verkaufen, auf ihrem Gebiet Stromleitungen zu verlegen und zu „betreiben“. Eine Firma erhält die „Konzession“ dies zu tun und zahlt dafür eine „Konzessionsabgabe“ an die Kommune. Die Firma ihrerseits ist jetzt Monopolist für das Gemeindegebiet und kann Durchleitungsgebühren von fremden Stromversorgern erheben oder es sich gut bezahlen lassen, wenn Hausanschlüsse neu gelegt oder verlegt werden müssen.

Was ist eine Stromlieferung?

Durch die Leitungen des „Konzessionsnehmers“ fließt der Strom in unsere Steckdosen. Diese Stromlieferung können andere Firmen übernehmen. Hier gibt es einen Wettbewerb. Stromkonzession und Stromlieferung sind also völlig getrennt zu betrachten.

den-Württembergischen Kommunen besitzt, hat einen Strommix, der zu 45% aus Atomenergie, zu 31% aus Kohlekraft und nur zu 24 % aus erneuerbaren Energien (meist schon vorhandene Wasserkraftwerke) besteht. Dies ist ein wesentlich höherer Anteil an Strom aus Atomkraftwerken als im bundesdeutschen Durchschnitt. Dem Konzern gehören die beiden ältesten

Der Kommentar:

„Die Neuvergabe der Konzessionsverträge bietet den Kommunen große Chancen.“

Der liberalisierte Strommarkt bietet zum ersten Mal Wettbewerbsbedingungen, die genutzt werden sollten. Kommunale Ziele sollten mehr Konzessionseinnahmen durch faire Verträge, weniger Abhängigkeit von Monopolstrukturen sowie Einstieg in dezentrale Versorgung und in die Energiewende vor Ort sein. Die dauerhafte Senkung der CO₂-Emissionen für den Klimaschutz geht nicht ohne die Kommunen. Mit dem „Dauerpartner“ EnBW wird das nicht gelingen. Der will nicht nur die Vorrangstellung von Atom- und Kohlestrom zementieren, sondern hat die Konzessionseinnahmen massiv gesenkt, indem die „Tarifkunden“ in „Sondervertrags-Kunden“ umgewandelt wurden. Die Folge: Während die Gewinne der EnBW stiegen, gingen die Konzessionsabgaben an die Kommunen deutlich zurück. Kooperationen mit Stadtwerken der Region sind viel versprechender. Sie stärken den energiepolitischen Gestaltungsspielraum und schaffen Einfluss auf den Strommix. Die Kommunen halten also mit der Vergabe des so genannten Wegrechtes ein wichtiges energiepolitisches Pfand in ihren Händen.

Das Ziel sollte die echte Rekommunalisierung von Stromnetz und Energieversorgung sein. „Bergsträßer Stadtwerke“ für mehrere Gemeinden müssen in wenigen Jahren keine Utopie mehr sein. Die Grünen haben als einen Baustein dazu einen „grünen Musterkonzessionsvertrag“ entwickelt, die Alternative zur EnBW. Bei Interesse kann der hier angefordert werden: hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de

Uli Sckerl (Bündnis 90/Die Grünen) ist Mitglied des Ba.-Wü. Landtages, Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Rhein-Neckar Kreises und Gemeinderat in seiner Heimatstadt Weinheim



AKWs in Neckarwestheim und Phillipsburg, und dieser finanziert durch die Tochterfirma Yello auch französische Atomkraftwerke mächtig mit. Außerdem steht die EnBW weiterhin in der Kritik zusammen mit den drei anderen großen Stromkonzernen Vattenfall, RWE und Eon die Strompreise künstlich hoch zu halten und auch Journalisten wegen kritischer Bemerkungen massiv unter Druck zu setzen.

Weil auch in der Metropolregion zahlreiche Konzessionen auslaufen, hat dies Umwelt Direkt dazu veranlasst, einmal nachzufragen, an wen die neuen Konzessionen vergeben werden sollen. Ebenfalls fragten wir, welchen Energiemix die Kommunen für die Stromlieferung gewählt haben. Denn auch hier haben die Städte und Gemeinden große Verantwortung. Durch eine Umstellung des eigenen Energiebedarfs auf erneuerbare Energien kann auf einen Schlag sehr viel CO₂ gespart werden. Deshalb setzen manche Kommunen auf eigene Stadtwerke. Walldorf hat seine Konzession komplett an die Stadtwerke Walldorf bis zum 31.12.2020 vergeben, Mannheim an die MVV, den Strom liefert zumindest zu zwei Dritteln der Ökostromanbieter „Lichtblick“. Kleinere Kommunen ohne eigene Stadtwerke belassen aber meist ihre Konzessionen bei der EnBW, wie beispielsweise Schriesheim, das die Stromkonzession sogar vorzeitig bis zum 31.7.2029 an die EnBW verlängerte.

Energiefresser Straßenbeleuchtung

Ein großer Energiefresser der Kommunen ist die Straßenbeleuchtung. In Deutschland werden ca. 9 - 9,5 Millionen Straßenleuchten im Rahmen der Daseinsvorsorge betrieben. Der jährliche Energieverbrauch dieser Straßenbeleuchtungsanlagen beträgt rund 4 Terawattstunden (Ein Terawatt entspricht 1.000 Gigawatt oder einer Million Megawatt oder einer Milliarde Kilowatt). Diese ungeheure Menge hat die Diskussion um die Energiesparmöglichkeiten in diesem Bereich aufgeworfen, zeigt aber auch, wie wichtig es ist, dass auch die Energie aus diesem Bereich nicht einfach irgendwoher kommt, sondern zum größtmöglichen Teil aus Erneuerbaren Energien stammen sollte. Da die Stromlieferung für die Straßen-



beleuchtung natürlich getrennt von den Konzessionen ausgeschrieben werden kann, haben hier die Kommunen die Möglichkeit, zumindest auf den Energieträgermix Einfluss zu nehmen. Auch hier setzen die beiden Großen, Mannheim und Walldorf, auf die Stärkung ihrer eigenen Stadtwerke. (In Mannheim ist natürlich umstritten, ob die MVV noch als „eigene Stadtwerke“ bezeichnet werden können, da nur noch 50,1% der MVV der Stadt selbst gehören, die restlichen Anteile gehören der EnBW, RheinEnergieAG und verschiedenen Kleinanlegern.) Der Strom für die Walldorfer Straßenbeleuchtung kommt zu 100% aus erneuerbaren Energien. Das ist vorbildlich. Die Stadt Weinheim erhält ihren Strom für die kommunalen Gebäude von den Weinheimer Stadtwerken. Wie sich dieser Strom allerdings zusammensetzt und wer die Konzessionen über das Weinheimer Stromnetz hat (vermutlich die eigenen Stadtwerke), konnte oder wollte man uns in Weinheim nicht mitteilen („keine Angabe“), ebenso wenig wie in Hirschberg oder Eppelheim. Schriesheim war da auskunftsfreudiger: Die kommunalen Gebäude werden immerhin durch die Stadtwerke Viernheim mit Strom versorgt. Auf einen besonders umweltfreundlichen Energiemix wurde aber nicht geachtet. So stammen 16% des Stroms für Schriesheimer Lie-

genschaften aus Atomkraftwerken, 27% aus fossilen Energieträgern (v.a. Kohlekraftwerke) und 57% aus erneuerbaren Energien (allerdings meist schon vorhandene Wasserkraftwerke). Das ist besser als der bundesdeutsche Durchschnitt, aber auf jeden Fall verbesserungswürdig. Da die Viernheimer Stadtwerke auch keinen echten Ökostromtarif anbieten, wäre es zumindest sinnvoll den Strombedarf für die kommunalen Gebäude mit Ökostrom anderer Stadtwerke zu decken. Der Vertrag mit den

Stadtwerken Viernheim läuft nämlich nur noch bis Ende 2011. Übrigens ebenso lang wie der Vertrag mit EnBW über den Strom für die Straßenbeleuchtung, der ja 45% Atomstrom beinhaltet. Zusammen mit Weinheim, Hirschberg, Heddesheim und Ladenburg will man den gesamten Strombedarf nächstes Jahr neu ausschreiben. Bleibt zu hoffen, dass man auch Angebote von echten Ökostrom-Lieferanten einholt.

Jenny Follmann

Kommunen: Mitarbeit mangelhaft

Das war die hilfreiche und informative Antwort der Kommunen auf unseren Fragebogen zu den Stromkonzessionen und -lieferungen:

Dossenheim „will auf so was nicht antworten“.

Edingen-Neckarhausen „will das jetzt nicht machen.“

Eppelheim: „Keine Zeit dafür.“

Heddesheim „will bei so einer Umfrage nicht teilnehmen.“

Heidelberg: „Es ist uns nicht möglich die Fragen kurzfristig zu beantworten.“

Hirschberg: „Keine Zeit.“

Ilvesheim: Die zuständige Sachbearbeiterin war in Urlaub.

Ladenburg hat nie geantwortet.

Weinheim antwortet schriftlich mit „Keine Angaben“.

Lediglich von **Walldorf, Mannheim und Schriesheim** haben wir offene Auskünfte erhalten, vielen Dank!

Danke liebe Gemeindeobersten und -bediensteten für Ihre übersichtliche Büroführung, Ihre Schnelligkeit, Transparenz und Bürgernähe und Ihr stets präsenten Fachwissen!